

## Positionen zum Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021-2026 in den Handlungsfeldern Partizipation, Migration und offene Gesellschaft

Die LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Berlin begrüßt die Vorhaben zu den Themenfeldern Migration und Partizipation im Koalitionsvertrag. Viele Forderungen der LIGA finden sich im Koalitionsvertrag wieder, was wir ausdrücklich begrüßen.

Eine Beschleunigung des Einbürgerungsverfahrens sowie das gemeinsame Vorhaben von Bund und Land, die Mehrstaatlichkeit bzw. doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen, ist ein seit Jahren überfälliger Schritt. Allerdings müssen wir anmerken, dass der Abbau bürokratischer Hürden im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens auch schon im letzten Koalitionsvertrag stand und es zu keiner Umsetzung kam.

Grundsätzlich findet sich das Kernthema „Wohnen“ auch im Bereich Migration wieder. Der Wohnberechtigungsschein soll zukünftig unabhängig vom Aufenthaltsstatus vergeben werden. Wohnen für Geflüchtete und die dazugehörigen Programme sollen weiterhin gestärkt werden. Die Bezirke werden zwar aufgefordert, die Geflüchteten in den Bezirken verstärkt mit Wohnraum zu versorgen, allerdings fehlen hierzu die konkreten Vorgehensweisen. Auch die o.g. Verbesserungen beim Zugang zum Wohnberechtigungsschein bleiben wirkungslos, wenn das Angebot an günstigen Wohnraum nicht weiter ausgebaut wird.

Mit dem Verzicht auf Direktabschiebungen aus Schulen, Jugendeinrichtungen, Krankenhäusern sowie auf Familientrennungen und Nachtabschiebungen, insbesondere bei vulnerablen Gruppen, setzt das Land die auf Bundesebene getroffenen rechtlichen Regelungen nunmehr um. Der geplante Einsatz auf Bundesebene für die Abschaffung der Abschiebehaft, des Abschiebegewahrsams sowie der Nutzung des Flughafenverfahrens ist aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Vorhaben. Das Land Berlin sollte hierbei eine einheitliche Lösung mit Brandenburg suchen.

### An folgenden Stellen sehen wir als LIGA noch die Notwendigkeit einer weiteren Schärfung der Ziele und des Vorgehens für die Legislaturperiode 2021 – 2026.

Bei der angestrebten **Weiterentwicklung der Vergabekriterien** zum Betrieb von Unterkünften für Geflüchtete vermissen wir im Koalitionsvertrag die konkrete Ausgestaltung wie diese in der Praxis tatsächlich aussehen wird. Es bedarf konkreter Umsetzungsschritte wie eine qualitätsorientierte Unterbringung der Bewohner\*innen und faire Rahmenbedingungen, wie bspw. die Entlohnung der Mitarbeiter\*innen umgesetzt werden kann. Hier muss die LIGA der Wohlfahrtsverbände als fachliche Vertretung der gemeinnützigen sozialen Arbeit mit einbezogen werden.

Im Koalitionsvertrag findet sich kein Passus zu aus unserer Sicht erforderlichen Veränderungen für die Zielgruppe der **EU Bürger\*innen** wieder. Das Land Berlin muss sich dafür einsetzen, dass EU-Bürger\*innen einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Sozialsicherungssystemen sowie zur Unterbringung nach ASOG einschließlich einer weiterführenden Beratungsstruktur ermöglicht wird.

Leider kommen auch die **jungen Geflüchteten**, außer bei der Verbesserung des Geschwisternachzugs, kaum vor. Die Berliner Landesregierung muss die Anliegen von jungen Geflüchteten stärker in den Fokus nehmen. Die im Vorfeld geforderten Nachbesserungen im Übergang von jungen unbegleiteten Flüchtlingen in die Volljährigkeit sowie ein verbessertes Schnittstellenmanagement zwischen Jugendhilfe und Flüchtlingshilfe müssen in dieser Legislaturperiode senatsübergreifend umgesetzt werden.

Die Verstetigung des **Landesprogramms Integrationslots\*innen** ist ein wichtiges Vorhaben. Allerdings sind Einrichtungen der Integrationslots\*innen seit Jahresanfang mit der Umsetzung von Einsparungen konfrontiert und müssen teilweise Mitarbeiter\*innen entlassen. Hier ist eine dringende Nachbesserung notwendig. Für das Landesprogramm müssen die Mittel auskömmlich und langfristig zur Verfügung gestellt werden.

Die LIGA der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege wird die Umsetzung der geplanten Vorhaben aktiv begleiten und steht auch der neuen Landesregierung als Partnerin auf dem Weg zu einer vielfältigen, modernen Einwanderungsstadt zur Verfügung.

Berlin, 27.01.2022

**Ansprechperson:**

Dirk Arp-Stapelfeldt, Vorsitzender LIGA Fachausschuss Migration  
Referatsleiter und stellvertretender Landesgeschäftsführer  
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.  
Telefon: +49 30 / 25 389 – 269  
Mobil: +49 151 / 17 63 79 69  
E-Mail: [Dirk.Arp-Stapelfeldt@awoberlin.de](mailto:Dirk.Arp-Stapelfeldt@awoberlin.de)

